

Jobcenter Landkreis Mayen-Koblenz
Mayen

Testatsexemplar
Jahresabschluss zum
31. Dezember 2024
und Lagebericht für
das Wirtschaftsjahr 2024

Elektronische Kopie des original gezeichneten Berichts
(Leerseiten ergeben sich aus doppelseitigem Druck)

INHALTSVERZEICHNIS

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

ANLAGENVERZEICHNIS

1. Bilanz zum 31. Dezember 2024
2. Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2024
3. Anhang für das Geschäftsjahr 2024
4. Lagebericht für das Geschäftsjahr 2024

Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und
Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2024

Aus rechentechnischen Gründen können in den Tabellen Rundungsdifferenzen in Höhe von + / - einer Einheit (TEUR, EUR, % usw.) auftreten. Ausschließlich zum Zweck der besseren Lesbarkeit wird bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern das generische Maskulinum verwendet. Die gewählte Schreibweise bezieht sich jedoch immer zugleich auf weibliche, männliche und diverse Personen.

BESTÄTIGUNGSVERMERK

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An das Jobcenter Landkreis Mayen-Koblenz, Mayen:

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss des Jobcenter Landkreis Mayen-Koblenz, Mayen, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2024 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht des Jobcenter Landkreis Mayen-Koblenz, Mayen, für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den Vorschriften der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung des Bundeslandes Rheinland-Pfalz i. V. m. den einschlägigen deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Eigenbetriebs zum 31. Dezember 2024 sowie seiner Ertragslage für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebs. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den Vorschriften der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung des Bundeslandes Rheinland-Pfalz und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 S. 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und § 89 Abs. 3 GemO RLP unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Eigenbetrieb unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Werkausschusses für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den Vorschriften der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung des Bundeslandes Rheinland-Pfalz i. V. m. den einschlägigen deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Eigenbetriebs zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebs vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Werkausschuss ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Eigenbetriebs zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebs vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den Vorschriften der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung des Bundeslandes Rheinland-Pfalz entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und § 89 Abs. 3 GemO RLP unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können;
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen des Eigenbetriebs bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben;
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben;
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Eigenbetriebs zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Eigenbetrieb seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann;
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs vermittelt;

- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Eigenbetriebs;
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Koblenz, 11. Juli 2025

Mittelrheinische Treuhand GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft



Dr. Breitenbach
Wirtschaftsprüfer

Brocker
Wirtschaftsprüfer

A n l a g e n

Jobcenter Landkreis Mayen-Koblenz, Mayen

Bilanz zum 31. Dezember 2024

AKTIVA

	31.12.2024 EUR	31.12.2023 EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	18.965,64	5,00
II. Sachanlagen		
Betriebs- und Geschäftsausstattung	105.657,62	113.873,04
	<u>124.623,26</u>	<u>113.878,04</u>
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Vorräte		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	12.512,37	11.056,13
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen im Leistungsbereich	2.702.008,34	2.723.470,46
2. Forderungen gegen den Einrichtungsträger	0,00	26.960,20
3. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>166.656,07</u>	<u>145.592,07</u>
	2.868.664,41	2.896.022,73
III. Guthaben bei Kreditinstituten	<u>1.299.791,15</u>	<u>1.074.991,62</u>
	4.180.967,93	3.982.070,48
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	<u>4.778.713,26</u>	<u>5.120.374,61</u>
	<u>9.084.304,45</u>	<u>9.216.323,13</u>

Jobcenter Landkreis Mayen-Koblenz, Mayen

Bilanz zum 31. Dezember 2024

PASSIVA

	31.12.2024 EUR	31.12.2023 EUR
A. EIGENKAPITAL		
I. Stammkapital	5.000,00	5.000,00
II. Jahresergebnis	0,00	0,00
	<u>5.000,00</u>	<u>5.000,00</u>
B. SONDERPOSTEN FÜR ZUWENDUNGEN	124.623,26	113.878,04
C. RÜCKSTELLUNGEN		
Sonstige Rückstellungen	458.900,00	528.960,00
D. VERBINDLICHKEITEN		
1. Verbindlichkeiten im Leistungsbereich	1.626.262,58	1.631.806,32
2. Verbindlichkeiten gegenüber dem Einrichtungsträger	147.607,43	230.046,82
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gebietskörperschaften	1.074.048,81	1.566.882,00
4. Sonstige Verbindlichkeiten	147.821,97	139.709,55
- davon aus Steuern: EUR 147.821,97 (Vorjahr: EUR 139.709,55)		
	<u>2.995.740,79</u>	<u>3.568.444,69</u>
E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	<u>5.500.040,40</u>	<u>5.000.040,40</u>
	<u>9.084.304,45</u>	<u>9.216.323,13</u>

Jobcenter Landkreis Mayen-Koblenz, Mayen

Gewinn- und Verlustrechnung für das Wirtschaftsjahr 2024

	2024 EUR	2023 EUR
1. Sonstige betriebliche Erträge	106.765.046,86	98.757.565,45
2. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-9.706.076,55	-9.490.304,17
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-3.121.057,11	-2.795.548,89
- davon für Altersversorgung: EUR -1.269.248,00 (Vorjahr: EUR -1.116.391,42)		
	-12.827.133,66	-12.285.853,06
3. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-50.755,84	-37.913,59
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-93.886.996,36	-86.433.637,80
5. Ergebnis nach Steuern	161,00	161,00
6. Sonstige Steuern	-161,00	-161,00
7. Jahresergebnis	0,00	0,00

Jobcenter Landkreis Mayen-Koblenz - Eigenbetrieb-, Mayen

Anhang für das Wirtschaftsjahr 2024

1. Allgemeine Angaben zur Bilanzierung und Bewertung

Grundlagen für die Aufstellung des Jahresabschlusses sind die Rechnungslegungsvorschriften des HGB sowie die ergänzenden kommunalrechtlichen Bestimmungen.

Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt in der für die große Kapitalgesellschaft vorgesehenen Form der §§ 266 und 275 Abs. 2 HGB. Dabei wurden die Formvorschriften der Formblätter der EigAnVO beachtet.

Die Postenbezeichnungen wurden an die Bedürfnisse des Eigenbetriebs angepasst.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren gegliedert.

2. Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

a) Anlagevermögen

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände

Die entgeltlich erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände sind mit den Anschaffungskosten einschließlich Anschaffungsnebenkosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer bewertet.

Übriges Sachanlagevermögen

Die Sachanlagen werden mit den Anschaffungskosten, bei abnutzbaren Vermögensgegenständen vermindert um planmäßige Abschreibungen, bewertet. Die Abschreibung der Vermögensgegenstände des Anlagevermögens erfolgt nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer (von 3 bis 20 Jahre) unter Verwendung der linearen Methode. Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten von EUR 250,00 bis unter EUR 1.000,00 werden in einem Sammelposten zusammengefasst und über fünf Jahre linear abgeschrieben.

b) Vorräte

Die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sind zu Anschaffungskosten angesetzt.

c) Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Allgemeines

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände werden grundsätzlich zum Nennwert angesetzt. Soweit erforderlich, sind Einzelwertberichtigungen vorgenommen worden. Das allgemeine Kreditrisiko wird durch eine angemessene Pauschalwertberichtigung berücksichtigt.

d) Liquide Mittel

Die liquiden Mittel sind zum Nennwert angesetzt.

e) Sonderposten für Investitionszuschüsse

Empfangene Investitionszuschüsse werden als Passivposten ausgewiesen.

f) Pensionsrückstellung

Da laufende Pensionsverpflichtungen durch Umlagen gedeckt werden, konnte aufgrund § 22 Abs. 3 EigAnVO auf die Bildung einer Pensionsrückstellung verzichtet werden.

g) Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt worden.

Die Beträge der Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden mit dem ihrer durchschnittlichen Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Wirtschaftsjahre abgezinst.

h) Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten sind mit ihren Erfüllungsbeträgen bewertet.

i) Rechnungsabgrenzungsposten

Abgegrenzt sind Ausgaben bzw. Einnahmen vor dem Abschlussstichtag, die für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag Aufwand bzw. Ertrag darstellt.

3. Angaben zur Bilanz

a) Anlagevermögen

Zur Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens wird auf den separat dargestellten Anlagenspiegel verwiesen (vgl. S. 9).

b) Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben ausschließlich eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr.

Die Forderungen gegen den Einrichtungsträger betreffen ausschließlich den Leistungsbereich.

c) Eigenkapital

Das Stammkapital ist in Höhe des satzungsmäßigen Stammkapitals ausgewiesen.

Die Zusammensetzung und Entwicklung des Eigenkapitals stellt sich wie folgt dar:

	Stand 01.01.2024	Zuführung	Entnahme	Stand 31.12.2024
	EUR	EUR	EUR	EUR
Stammkapital	5.000,00	0,00	0,00	5.000,00
Jahresergebnis	0,00	0,00	0,00	0,00
	5.000,00	0,00	0,00	5.000,00

d) Sonstige Rückstellungen

Unter den sonstigen Rückstellungen sind erfasst:

	<u>EUR</u>
Urlaubsrückstellung	430.200,00
Externe Kosten Jahresabschlusserstellung	13.000,00
Interne Kosten Jahresabschlussprüfung	12.500,00
Aufbewahrung Geschäftsunterlagen	<u>3.200,00</u>
	<u>458.900,00</u>

Die Rückstellungen haben sich wie folgt entwickelt:

	Stand 01.01.2024	Inanspruch- nahme	Zuführung	Stand 31.12.2024
	EUR	EUR	EUR	EUR
Urlaub Mitarbeiter	456.000,00	456.000,00	430.200,00	430.200,00
Altersteilzeit	46.060,00	46.060,00	0,00	0,00
Jahresabschlusserstellung	10.700,00	10.700,00	12.500,00	12.500,00
Jahresabschlussprüfung	13.000,00	13.000,00	13.000,00	13.000,00
Aufbewahrung Geschäftsunterlagen	3.200,00	320,00	320,00	3.200,00
	528.960,00	526.080,00	456.020,00	458.900,00

e) Verbindlichkeiten

Restlaufzeiten von Verbindlichkeiten (§§ 285 Nr. 2, 268 Abs. 5 HGB)

Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2024		Gesamt-	bis	größer	davon	davon
		betrag	1 Jahr	1 Jahr	mehr	besi-
		EUR	EUR	EUR	als 5	chert
					Jahre	EUR
					EUR	EUR
1.	Verbindlichkeiten im Leistungsbe-					
	reich	1.626.262,58	1. 626.262,58	0,00	0,00	0,00
	(Vorjahr)	(1.631.806,32)	(1.631.806,32)	(0,00)	(0,00)	(0,00)
2.	Verbindlichkeiten gegenüber					
	dem Einrichtungsträger	147.607,43	147.607,43	0,00	0,00	0,00
	(Vorjahr)	(230.046,82)	(230.046,82)	(0,00)	(0,00)	(0,00)
3.	Verbindlichkeiten gegenüber					
	Gebietskörperschaften	1.074.048,81	1.074.048,81	0,00	0,00	0,00
	(Vorjahr)	(1.566.882,00)	(1.566.882,00)	(0,00)	(0,00)	(0,00)
4.	Sonstige Verbindlichkeiten	147.821,97	147.821,97	0,00	0,00	0,00
	(Vorjahr)	<u>(139.709,55)</u>	<u>(139.709,55)</u>	<u>(0,00)</u>	<u>(0,00)</u>	<u>(0,00)</u>
		2.995.740,79	2.995.740,79	0,00	0,00	0,00
	(Vorjahr)	<u>(3.568.444,69)</u>	<u>(3.568.444,69)</u>	<u>(0,00)</u>	<u>(0,00)</u>	<u>(0,00)</u>

Die Verbindlichkeiten gegenüber dem Einrichtungsträger und gegenüber Gebietskörperschaften betreffen wie im Vorjahr ausschließlich den Leistungsbereich.

4. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Das Jahresergebnis wird nicht durch **Ertragsteuern** beeinflusst, da sich die Tätigkeit des Eigenbetriebs in vollem Umfang auf den hoheitlichen Bereich beschränkt.

Außerordentliche/Periodenfremde Aufwendungen oder **Erträge** sind bis auf die Auflösung von Wertberichtigungen (TEUR 54) nicht angefallen.

5. Sonstige Angaben

a) Haftungsverhältnisse (§ 268 Abs. 7 HGB)

Am Bilanzstichtag bestehen keine Haftungsverhältnisse gemäß § 251 HGB.

b) Sonstige finanzielle Verpflichtungen (§ 285 Nr. 3a HGB)

Sonstige finanzielle Verpflichtungen zum Bilanzstichtag aus Leasing und Mieten bestehen mit TEUR 608.

c) Angaben zu Abschlussprüferhonoraren (§ 285 Nr. 17 HGB)

Für das Wirtschaftsjahr 2024 wurde vom Abschlussprüfer ein Gesamthonorar in Höhe von TEUR 11 berechnet. Davon entfallen auf Abschlussprüfungsleistungen TEUR 7 und auf sonstige Leistungen TEUR 4.

d) Angaben zu nahe stehenden Unternehmen und Personen (§ 285 Nr. 21 HGB)

Im Wirtschaftsjahr 2024 gibt es keine wesentlichen Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen, die für die Beurteilung der Finanzlage notwendig und zu nicht marktüblichen Bedingungen zustande gekommen sind.

e) Angaben zu Mitarbeitern (§ 285 Nr. 7 HGB)

Die durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer betrug 2024 213 Personen. Davon entfielen auf:

	<u>2024</u>	<u>2023</u>
Werkleitung	1	1
Beamte	36	34
Angestellte	<u>176</u>	<u>177</u>
	<u>213</u>	<u>212</u>

Der **Personalaufwand** ist wie folgt zu untergliedern:

	<u>2024</u> EUR	<u>2023</u> EUR
a) <u>Löhne und Gehälter</u>		
Dienstbezüge Beschäftigte	8.296.526,41	7.818.321,66
Dienstbezüge Beamte	1.388.226,14	1.418.429,31
Dienstbezüge Beamte - Amtshilfe	47.124,00	45.553,20
Veränderung der Urlaubsrückstellung	<u>-25.800,00</u>	<u>208.000,00</u>
Summe a)	9.706.076,55	9.490.304,17
b) <u>Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung</u>		
Gesetzliche Sozialversicherung Beschäftigte	1.748.997,60	1.605.937,87
Beiträge zur Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder Beschäftigte	653.909,13	603.342,58
Umlage für Pensionszahlungen Beamte	615.338,87	513.048,84
Gesetzliche Unfallversicherung Beschäftigte	108.303,68	98.865,74
Altersteilzeitrückstellung	-46.060,00	-101.340,00
Aufwendungen für Unterstützungen Beamte/Beschäftigte	<u>40.567,83</u>	<u>75.693,86</u>
Summe b)	3.121.057,11	2.795.548,89
Summe a) und b)	<u>12.827.133,66</u>	<u>12.285.853,06</u>
Davon für Altersversorgung	1.269.248,00	1.116.391,42

f) Angaben zu Geschäftsführung und Aufsichtsorganen

Mitglieder des Geschäftsführungsorgans und des Werkausschusses (§ 285 Nr. 10 HGB)

Werkleitung ist Frau Sandra Schumacher, Geschäftsführerin. Die Angabe der Gesamtbezüge wird mit Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB unterlassen.

Zu Mitgliedern des **Werkausschusses** zum 31. Dezember 2024 sind berufen:

- Herr Pascal Badziong, Erster Kreisbeigeordneter, Vorsitzender
- Frau Heike Breitbach, Beschäftigtenvertreterin
- Frau Margreth Kühner-Pustrowski, Beschäftigtenvertreterin
- Frau Christel Kobs, Beschäftigtenvertreterin
- Herr Alfred Schomisch, Bürgermeister
- Herr Klaus Bell, Bürgermeister (bis 30. Juni 2024)
- Herr Jens Firmenich, Beamter
- Herr Wilhelm Anheier, Angestellter (bis 30. Juni 2024)
- Herr Rolf Schäfer, dipl. Verwaltungswirt (bis 30. Juni 2024)
- Frau Marija (Marika) Kohlhaas, Künstlerin (bis 30. Juni 2024)
- Herr Bruno Seibeld, Bürgermeister
- Herr Thomas König, staatl. anerkl. Erzieher
- Herr Tobias Hofheinz, Unternehmensberater (bis 30. Juni 2024)
- Herr Faisal El Kasmi, Finanzmakler (ab 1. Juli 2024)
- Herr Wolfgang Mannheim, Unternehmer (ab 1. Juli 2024)
- Frau Ina Rüber-Teke, Landwirtin (ab 1. Juli 2024)
- Frau Rebecca Stallbaumer, Dipl.-Kauffrau (ab 1. Juli 2024)

Die Mitglieder des Werkausschusses haben für ihre Tätigkeit im Wirtschaftsjahr Vergütungen in Höhe von insgesamt TEUR 3 erhalten.

**g) Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres
(§ 285 Nr. 33 HGB)**

Es haben sich keine Ereignisse nach dem Bilanzstichtag ergeben, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage hätten.

Mayen, den 11. Juli 2025

Jobcenter Landkreis Mayen-Koblenz - Eigenbetrieb –



.....
Sandra Schumacher

Anlage 3 Seite 8

Anlagenspiegel zum 31.12.2024

	Entwicklung der Anschaffungswerte			Entwicklung der Abschreibungen			Buchwert	Buchwert
	Anschaffungs-, Herstellungskosten	Zugänge Abgänge	Umbuchungen	Endstand	kumulierte Abschreibungen	Zuschreibungen- vom 01.01.2024 bis 31.12.2024	kumulierte Abschreibungen	
	01.01.2024 €	€	€	31.12.2024 €	01.01.2024 €	€	31.12.2024	31.12.2023 €
I. Immaterielle Vermögensgegenstände Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten Summe immaterielle Vermögensgegenstände	20.277,60	28.441,00	0,00	48.718,60	20.272,60	9.480,36	29.752,96	5,00
	20.277,60	28.441,00	0,00	48.718,60	20.272,60	9.480,36	29.752,96	5,00
II. Sachanlage Betriebs- und Geschäftsausstattung Summe Sachanlagen	591.908,08	33.060,06	0,00	624.968,14	478.035,04	41.275,48	519.310,52	113.873,04
	591.908,08	33.060,06	0,00	624.968,14	478.035,04	41.275,48	519.310,52	113.873,04
	612.185,68	61.501,06	0,00	673.686,74	498.307,64	50.755,84	549.063,48	113.878,04

Eigenbetrieb „Jobcenter Landkreis Mayen-Koblenz“

Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2024

Gliederung:

1. Geschäftstätigkeit und Rahmenbedingungen
2. Ertragslage
3. Finanzlage
4. Vermögenslage
5. Risiko- und Prognosebericht

1. Geschäftstätigkeit und Rahmenbedingungen

1.1. Organisation als Eigenbetrieb

Die Aufgaben nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) werden im Landkreis Mayen-Koblenz **in alleiniger kommunaler Trägerschaft wahrgenommen**.

Der Landkreis Mayen-Koblenz hat sich für die Umsetzung in Form eines Eigenbetriebes entschieden. In der Kreistagsitzung vom 06.06.2011 wurde die Betriebssatzung beschlossen, die Aufgabenwahrnehmung erfolgt seit 01.01.2012 in dieser Organisationsform.

1.2. Aufgaben des Eigenbetriebes

Gegenstand des Eigenbetriebes ist die Wahrnehmung und Durchführung der dem Landkreis Mayen-Koblenz obliegenden Aufgaben nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch. Durch die Grundsicherung für Arbeitssuchende soll den Leistungsberechtigten ein Leben ermöglicht werden, dass der Würde des Menschen entspricht.

Dies umfasst die Leistungen zur

- Beratung,
- Beendigung oder Verringerung der Hilfebedürftigkeit, insbesondere durch Eingliederung in Ausbildung oder Arbeit und
- Sicherung des Lebensunterhaltes.

1.3. Organisation des Eigenbetriebes

Im Eigenbetrieb finden sich die Geschäftsbereiche

- Leistungsgewährung,
- Markt & Integration,
- Zentrale Dienste/Finanzen,
- Recht und
- Projekte

wieder. Die operativen Aufgaben Leistungsgewährung und Integration in Arbeit werden im Flächenlandkreis an 4 Standorten in Mayen, Andernach, Weißenthurm und Bendorf wahrgenommen. Um eine effektive Zusammenarbeit zwischen Leistungs- und Integrationsbereich zu gewährleisten, werden beide Aufgaben jeweils in einem gemeinsamen Team erledigt.

Am Hauptstandort in Mayen sind zusätzlich die Bereiche Zentrale Dienste/Finanzen, Recht (Unterabteilung Kreisrechtsausschuss und Verfolgung Ordnungswidrigkeiten/Straftaten) angesiedelt. Die Projekte sind größtenteils räumlich dem Standort Andernach zugeordnet. Insbesondere für die Maßnahmen im Flüchtlingssektor wurde 2016 eine Immobilie in der Breite Straße in Andernach zusätzlich angemietet.

Die Kreisverwaltung übernimmt als Dienstleister für den Eigenbetrieb mit entsprechender Kostenerstattungsvereinbarung die Bereiche Informationstechnik, Personalverwaltung, Zahlungsverkehr/Forderungsmanagement, Betreuung des Werkausschusses durch den Sitzungsdienst und unterstützt in Versicherungsangelegenheiten.

1.4. Finanzierung

Eine Besonderheit gegenüber herkömmlichen Eigenbetrieben ist die Finanzierung. Der Kreis ist insoweit der Bundesagentur für Arbeit gleichgestellt, d.h. der Bund trägt die Aufwendungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende einschließlich der Verwaltungskosten mit Ausnahme der Aufwendungen für Aufgaben des kommunalen Trägers nach § 6 Abs.1 Satz 1 Nr. 2 SGB II.

Die vom Bund zu tragenden Aufwendungen umfassen insbesondere:

- Arbeitslosengeld II einschließlich Sozialversicherungsbeiträge und Sozialgeld
- Leistungen zur Eingliederung in Arbeit

- Personalkosten einschließlich der Kosten für die Ausstattung von Arbeitsplätzen (84,8%)
- Verwaltungs- und Sachkosten (84,8%)
- Kosten für Telekommunikation und IT-Infrastruktur (84,8%)

Der Landkreis finanziert:

- Kosten für Unterkunft und Heizung
- Leistungen zur Erstaussattung von Wohnungen, einschließlich Haushaltsgeräten
- Leistungen für Erstaussattung von Bekleidung (z.B. nach Wohnungsbrand, Haft)
- Leistungen für Bildung und Teilhabe

Weiterhin beteiligt er sich an den Personal- und Sachkosten mit 15,2 %.

Eine weitere Besonderheit bildet der Projektbereich des Eigenbetriebes. Durch die innovativen Konzepte ist es gelungen, hohe Zuwendungen der EU, von Bund und Land für Sonderprojekte zu akquirieren und somit Menschen aus dem Landkreis Mayen-Koblenz durch zusätzliche Mittel zu helfen. Damit werden - teilweise mit Co-Finanzierung des Jobcenters – folgende Projekte in 2023 und 2024 mit einem Fördervolumen von ca. 3,97 Mio. € für die beiden Jahre durchgeführt:

- **MYKonlinefit** (aktuell bis 30.06.26)
- **IQ Netzwerk** (Anerkennungs- und Qualifizierungsberatung ausl. Abschlüsse)
- **FAiR** (Flüchtlinge und Asylsuchende integriert in die Region)
- **FiB** (Frauen in Beschäftigung aktuell bis 31.12.25)
- **ZieCo MYK** (Coaching aktuell bis 30.06.26)
- **Jugendberufsagentur plus (Projekt mit der Kreisverwaltung Mayen-Koblenz)**
- **Projekt AktiVoReha im Bundesprogramm rehapro**

Durch die Zertifizierung als Maßnahmenträger werden folgende Projekte in eigener Regie, finanziert aus dem Eingliederungstitel, mit aktuell 8 Mitarbeitende durchgeführt:

- **ANI** (Analyse-Intervention, regionales Modellprojekt zur Reduzierung des Langzeitleistungsbezuges)
- **LQA** (Leben-Qualifizieren-Arbeiten, ein Flüchtlingsprojekt)
- **§ 16h SGB II** Förderung schwer zu erreichender junger Menschen

Alle Aufwendungen werden durch Erträge von Bund, Land, EU und des Kreises bestritten, so dass grundsätzlich kein zahlungswirksamer Verlust entstehen und kein Gewinn erwirtschaftet werden kann. Die für die Aufgabenerledigung notwendigen Mittel werden rechtzeitig im automatisierten Abrufverfahren vom Bund zur Verfügung gestellt (Bundesmittel) bzw. vom Landkreis überwiesen (kommunale Leistungen).

1.5. Personalsituation

Aktuell sind 223 Mitarbeitende (inkl. 9 Nachwuchskräften) im Jobcenter beschäftigt, davon 40 mit einem befristeten Arbeitsvertrag. Seit gut einem Jahr macht sich der Fachkräftemangel auch im öffentlichen Dienst und damit auch im Jobcenter deutlich bemerkbar. Da annähernd alle Behörden händierend Fachkräfte suchen, steht den Mitarbeitenden mit Wechsel- oder Aufstiegswünschen ein breites Angebot zur Verfügung und die Personalfluktuationsrate ist dementsprechend merklich gestiegen. So sind beispielsweise im Zeitraum von Juni 2024 bis Juni 2025 insgesamt 21 Mitarbeitende ausgeschieden und 23 wurden neu eingestellt. Damit konnten zwar zahlenmäßig die offenen Planstellen weitestgehend wiederbesetzt werden, bei der Personalrekrutierung müssen jedoch neue Wege gegangen werden. Mangels geeigneter ausgebildeter Verwaltungskräfte wird nun auch zunehmend auf Bewerber:innen aus der Privatwirtschaft, z.B. aus dem Bankenbereich, zugegriffen. So werden seit rund einem Jahr auch viele Kräfte ohne Verwaltungsausbildung eingestellt. Aufgrund des fehlenden Grundwissens bedingt dies einen hohen Schulungs- und Einarbeitungsaufwand, so dass die Belastung der noch vorhandenen Mitarbeitenden deutlich gestiegen ist bzw. weiter steigt.

Die Anzahl der befristeten Arbeitsverträge wird sich nach und nach verringern. Derzeit sind noch 10 Flüchtlingslots:innen, 23 operative Kräfte und 7 Projektmitarbeitende mit einem befristeten Vertrag angestellt, aktuell 2 gFB. Im Projektbereich und bei den Flüchtlingslots:innen ist die Befristung in erster Linie tätigkeitsbedingt. Im operativen Bereich wurden grundsätzlich 2-jährige Befristungen vorgesehen, wobei bei offensichtlich besonders gut geeigneten Bewerber:innen auch unbefristete Verträge angeboten wurden. Seit Anfang 2025 werden alle Mitarbeitenden unbefristet mit einer 6-monatigen Probezeit eingestellt, sofern sie nicht sachgrundbezogen (Krankheits- oder Elternzeitvertretungen, Lotsen, Einstellungen für Projektlaufzeiten) eingestellt werden.

Die Personalausstattung zwar zahlenmäßig weitestgehend entsprechend der Festlegungen im Stellenplan, dennoch ist die hohe zusätzliche Belastung durch Einarbeitungsbedarf der externen neuen Kräfte gerade im operativen Bereich nicht zu unterschätzen, bedingt durch die mittlerweile anhaltende hohe Personalfluktuationsrate. Deshalb wird durch teamübergreifende Unterstützungsmaßnahmen und Arbeitsvereinfachungen den stark betroffenen Teams Hilfestellung geleistet. Zusätzliche Qualifizierungsmöglichkeiten für die neuen Kräfte werden entsprechend der vorhandenen finanziellen Möglichkeiten angeboten. Außerdem sind aktuell zwei ehemalige Mitarbeitende in Nebentätigkeit auf geringfügiger Basis beschäftigt.

Die Führungsebene ist seit vergangenem Jahr stabilisiert, lediglich eine Teamleitung rückte nach. Diese Stabilität wirkt sich auch auf die gesamte Struktur im Jobcenter aus und bietet die notwendige Sicherheit für die Mitarbeitenden.

Die aktuelle politische Entwicklung wird voraussichtlich erneut Änderungen im SGB II mit sich bringen. Ständige Veränderungen in gesetzlichen Vorgaben und Richtungswechsel in der Arbeit belasten die Kolleg:innen zusätzlich, da Prozesse immer wieder neu angepasst werden müssen und ein Umdenken erforderlich wird. Hinzu kommt die unsichere Situation in Bezug auf mögliche Flüchtlingsströme.

Nach wie vor wird sehr viel Wert auf eine Imageverbesserung des Jobcenters gelegt. Mit regelmäßigen aktuellen Informationen versucht das Jobcenter die Bevölkerung auf Social Media auf dem Laufenden zu halten.

Zwischenzeitlich wurde eine Dienstvereinbarung mit der Personalvertretung zum mobilen Arbeiten abgeschlossen, so dass transparent festgelegt ist, in welchen Bereichen welche Anteile der Arbeitszeit im Homeoffice erledigt werden können.

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 29.10.2024 dem Wirtschaftsplan mit einem Stellenplan von 181,12 Vollzeitäquivalenten zugestimmt. Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Stellenzahl damit geringfügig um 4 erhöht.

1.6. Infrastruktur

Nach Insolvenz des Reinigungsunternehmens und der Interimsvergabe im vorausgegangenen Jahr wurde 2024 die Unterhalts- und Fensterreinigung europaweit langfristig neu ausgeschrieben.

Es wurden 4 Elektrofahrzeuge und ein Verbrenner neu ausgeschrieben. Insgesamt 7 Dienstwagen sind reine Elektrofahrzeuge. Damit leistet das JC einen Beitrag auf dem Weg zum „Klimafreundlichen Landkreis“.

Insgesamt wurden die Eingangsbereiche der Geschäftsstellen im Jobcenter MYK einheitlicher und freundlicher gestaltet.

Im Rahmen der Mitarbeitendenbefragung ist das Thema Sicherheit am Arbeitsplatz immer wieder Thema. Hier fand Ende 2024 eine Begehung mit einer Fachkraft am Standort Mayen statt. Zusätzlich wurde vereinbart, dass Kontakt mit den örtlichen Polizeidienststellen aufgenommen wird, die Raumpläne geprüft und verfügbar gemacht werden, so dass im Ernstfall alle die wichtigsten Infos haben.

Für den Standort Mayen wurde eine Zwischentür im Flur als Zugang zum operativen Bereich geplant, ebenso eine Fluchttür im Bereich der Infotheke in den hinteren Flurbereich. Zusätzlich wurde eine neue Haustür beauftragt, da die alte nicht mehr zuverlässig zu schließen waren. Die Planungen dafür sind abgeschlossen und werden ab 23.06.2025 umgesetzt.

Alle Arbeitsplätze verfügen über einen stillen Alarmknopf, die Funktionalität wird regelmäßig überprüft.

Es wurden weitere elektrisch höhenverstellbare Schreibtische beschafft, so dass zwischenzeitlich nahezu alle Arbeitsplätze entsprechend ausgestattet sind und ein aktiver Beitrag zur gesundheitlichen Prävention geleistet wurde. Der Infrastrukturbereich ist mit der sukzessiven Entsorgung von nicht mehr benötigten Schreibtische, Aktenschränken und Altakten beauftragt. Vor der Entsorgung werden die Möbelstücke zunächst den Mitarbeitenden zur privaten Nutzung angeboten.

Im Zuge der Dienstvereinbarung zum mobilen Arbeiten wurden 50 Bildschirme angeschafft, die den Mitarbeitenden zur Verfügung stehen, um die Ausstattung am heimischen Arbeitsplatz bei Bedarf aufzustocken.

Im Bereich des Postversandes wurde auf die elektronische Übermittlung der Poststücke an einen Dienstleister umgestellt, so dass ein Ausdrucken und Versenden von Briefpost durch die Mitarbeitenden weitestgehend entfällt. Die Übermittlung der Poststücke an den Dienstleister läuft zwischenzeitlich vollautomatisiert.

1.7. Digitalisierung

Der Digitalisierungsprozess im Jobcenter Landkreis Mayen-Koblenz ist bereits weit fortgeschritten, das Angebot wird jedoch auch kontinuierlich erweitert. Nach der flächendeckenden Einführung der E-Akte werden zwischenzeitlich auch wichtige Verwaltungsdienstleistungen nach dem Onlinezugangsgesetz (OZG) bereitgestellt. So können die Leistungsberechtigten Erstanträge, Weiterbewilligungsanträge und Veränderungsanzeigen digital erstellen und mit ggf. hochgeladenen Unterlagen online übersenden.

Das Kundenportal wird weiter ausgebaut, um damit auch den Leistungsberechtigten eine moderne und effiziente Kommunikationsmöglichkeit zu ermöglichen. Hier ist zu prüfen, inwieweit alle notwendigen Dingen in einem Portal abzubilden sind, um so wenig Zugangswege wie möglich zu haben. Dazu finden regelmäßig Austauschgespräche mit anderen zugelassenen Kommunalen Trägern statt, um sich gegenseitig zu unterstützen und zu vermeiden, dass jeder individuelle Einzellösungen strickt. Hier können die Beteiligten vor allem Kosten einsparen, wenn Dinge gemeinsam entwickelt und umgesetzt werden.

Neben den oftmals fehlenden Zugängen zu Technologien wie Computern, mobilen Geräten oder einem Internetzugang, ist die Hürde eines digitalen Zuganges in Form von Portalen für viele Leistungsbeziehende schwierig. Im Jobcenter MYK ist seit Oktober 2023 ein Digitalcoach im Rahmen eines geförderten Projektes mit einer Laufzeit bis Ende 2025? in Einzel- und Gruppengesprächen die notwendigen Kompetenzen den Bürgergeldbeziehenden vermitteln.

Weiterhin wird Intern versucht, das digitale Dokumentenmanagements (DMS) einzuführen. Damit werden alle Vorgänge papierlos in einem digitalen Aktenplan abgelegt. Mit der flächendeckenden Umstellung aller Bereiche und Digitalisierung der gesamten Eingangspost (Zentralscan) wird das Jobcenter nahezu 100% papierlos arbeiten. Des Weiteren wurde das Intranet des Jobcenters überarbeitet. Hier wurde sich an das Angebot der Kreisverwaltung MYK angeschlossen und damit eine kostengünstige Variante genutzt. Die Umstellung aller Inhalte auf die neue Struktur hat einige Zeit in Anspruch genommen und wurde nun zum 16.06.25 komplett verfügbar gemacht, gleichzeitig wurde das alte Intranet abgeschaltet.

Um die betriebliche Effizienz zu steigern und die Genauigkeit sowie Geschwindigkeit interner Prozesse zu verbessern, werden die Potenziale von Robotic Process Automation (RPA) und von Cognitive AI Lösungen genutzt. Die eingesetzte RPA Lösung ermöglicht es, geschulten Mitarbeitenden, selbständig Geschäftsprozesse zu automatisieren und somit zeitnah zu einer Entlastung des hohen Arbeitsauskommens beizutragen. Hier werden aktuell verschiedene Prozesse genauer beleuchtet, teilweise vereinfacht, um sie über eine Automatisierung umzusetzen. Hier erhofft sich das Jobcenter MYK eine dauerhafte Entlastung des operativen Bereichs.

Zusätzlich hat sich das Jobcenter Landkreis Mayen-Koblenz einer Genossenschaft (K4K eG) von zugelassenen kommunalen Trägern angeschlossen, um gemeinsam Dinge zu entwickeln, voneinander zu lernen und gegenseitig von Produkten zu profitieren.

Für die Außendarstellung werden die sozialen Medien (Facebook, Instagram und YouTube) genutzt. Der eigens für das Jobcenter MYK gedrehter Werbefilm wurde auch dort veröffentlicht. Ebenso ist das Jobcenter MYK auf zahlreichen Messen als Aussteller und Besucher vertreten.

1.8. Entwicklung der wirtschaftlichen und arbeitsmarktlichen Gesamtsituation

Die wirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Lage in Deutschland war in den letzten Jahren von erheblichen Herausforderungen und strukturellen Veränderungen geprägt. Nach dem Einbruch der Wirtschaftsleistung im Jahr 2020 infolge der Pandemie (BIP: - 4,6 %) setzte ab 2021 eine schrittweise Erholung ein. Diese wurde jedoch durch globale Lieferkettenprobleme, eine stark gestiegene Inflation und die Auswirkungen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine deutlich gebremst. Im Jahr 2023 stagnierte die Wirtschaft sogar leicht (BIP: -0,3 %), vor allem infolge hoher Energiepreise und eines schwächelnden Exportgeschäfts. Die Inflationsrate stieg zwischenzeitlich auf bis zu 10 % an, was zu erheblichen realen Kaufkraftverlusten führte. Erst durch geldpolitische Maßnahmen, wie die Zinserhöhungen der Europäischen Zentralbank, konnte die Inflation im Laufe des Jahres 2024 wieder auf unter 3 % gesenkt werden. Die wirtschaftlichen Aussichten für 2025 bleiben verhalten optimistisch – Experten rechnen mit einem moderaten Wachstum zwischen 0,3 und 1,0 %, abhängig von der Entwicklung der Energiepreise, des globalen Handels und der Binnennachfrage.

Auch der Arbeitsmarkt war von erheblichen Veränderungen betroffen. Während die Arbeitslosigkeit im Jahr 2020 pandemiebedingt stark anstieg, konnte sie sich durch Maßnahmen wie das Kurzarbeitergeld in den Folgejahren wieder erholen. Seit 2023 liegt die Arbeitslosenquote relativ stabil zwischen 5,6 und 5,9 %. Allerdings machen sich zunehmend strukturelle Probleme bemerkbar: In vielen Bereichen wie Pflege, Handwerk, IT und Bildung herrscht ein akuter Fachkräftemangel. Der demografische Wandel – insbesondere das altersbedingte Ausscheiden der Babyboomer-Generation – verschärft die Lage zusätzlich. Die Bundesregierung hat auf diese Entwicklungen mit verschiedenen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen reagiert. Mit der Einführung des Bürgergelds im Jahr 2023 wurde das Hartz-IV-System reformiert, um stärkere Anreize zur Qualifikation und Reintegration in den Arbeitsmarkt zu setzen. Zudem werden durch Programme wie das Qualifizierungschancengesetz Weiterbildungsangebote für Beschäftigte gefördert, insbesondere im Hinblick auf die Digitalisierung und den ökologischen Wandel der Wirtschaft. Auch die Zuwanderung von Fachkräften wurde durch ein neues Fachkräfteeinwanderungsgesetz ab 2024 erleichtert, um dem Arbeitskräftemangel gezielt entgegenzuwirken. Die aktuelle politische Entwicklung scheint neue Änderungen im SGBII mit sich zu bringen.

Darüber hinaus wird in Politik und Gesellschaft zunehmend über neue Arbeitszeitmodelle wie die 4-Tage-Woche diskutiert, um die Vereinbarkeit von Beruf

und Familie zu verbessern und die Arbeitswelt attraktiver zu gestalten. Homeoffice und hybride Arbeitsformen haben sich seit der Pandemie etabliert und verändern dauerhaft die Arbeitskultur.

Insgesamt befindet sich Deutschland wirtschaftlich und arbeitsmarktpolitisch in einer Phase des strukturellen Wandels. Die kommenden Jahre werden davon geprägt sein, wie erfolgreich es gelingt, die Herausforderungen der Dekarbonisierung, Digitalisierung und demografischen Entwicklung zu bewältigen – und gleichzeitig soziale Stabilität und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit zu sichern.

Der Landkreis Mayen-Koblenz ist insgesamt wirtschaftlich, trotz der Pandemiejahre und der Ukraine Krise, noch relativ stark. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Wirtschaft im Landkreis von klein- und mittelständischen Unternehmen geprägt ist.

Die meisten Beschäftigten hat der Dienstleistungssektor. Danach folgen der produzierende Bereich und die Bereiche Handel, Verkehr und Lager, Gastgewerbe.

Die Folgen des Ukrainekriegs wirken sich weiter auch auf den deutschen Mittelstand aus. Zwischenzeitlich haben die meisten Menschen aus der Ukraine erfolgreich ihre Integrationskurse besucht und stehen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung. Die Unterstützung der Geflüchteten aus der Ukraine und anderen Herkunftsregionen bleibt eine zentrale Aufgabe. Das Ziel der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt bleibt bestehen; die Integration von Frauen liegen noch immer deutlich hinten denen der Männer. Der demografische Wandel schafft nicht nur Möglichkeiten für Leistungsberechtigte, sondern es wird mehr und mehr zwingend notwendig, die vorhandenen Beschäftigungspotentiale zu nutzen. Jugendliche müssen rechtzeitig fit für den Arbeitsmarkt gemacht werden und benötigen individuelle Hilfe im Übergang Schule und Beruf. Insgesamt müssen die Beschäftigungschancen und -möglichkeiten junger Menschen gefördert werden, insbesondere sind grundlegende Kompetenzen nötig und bei Ungelernten ist ggfs. noch eine Ausbildung denkbar oder auch kleinere Qualifizierungen möglich, um eine nachhaltige Integration zu ermöglichen. Das Jobcenter Mayen- Koblenz setzt im Bereich U25 gemeinsam mit seinen Partnern auf Einzelfallhilfe und hier besonders auf aufsuchende Angebote.

Im Landkreis Mayen-Koblenz sind viele klein- und mittelständische Unternehmen ansässig. Die Herausforderungen der Corona Jahre und des Ukraine Krieges sind im Landkreis nur abgeschwächt aufgetreten.

Der Arbeitsmarkt im Kreis MYK ist aufgrund des hohen Anteils am Mittelstand konstant. Trotzdem sinkt das Angebot der offenen Stellen langsam. Im Ausbildungsmarkt gibt es noch immer mehr offene Ausbildungsplätze wie Bewerber:innen. Gesucht werden vor allem Fachkräfte.

Die Integrationsquote des Jobcenters Mayen-Koblenz lag im Jahr 2024 insgesamt bei 22,6 %.

Dabei konnte die Integrationsquote von Frauen um 19,69 % gesteigert werden, so dass 1.042 integrierten Männern insgesamt 582 Frauen gegenüberstanden.

Die Anzahl der Leistungsbeziehenden ist um 13,57 % angestiegen, was in erster Linie dem Übergang zugewanderter Leistungsbeziehenden in den Langzeitbezug aufgrund langer Sprachförderung zugeschrieben werden muss.

Der Durchschnitt der eLb ist im Jahr 2024 im Vergleich zum Vorjahr um 2,76 % gesunken und endete am 31.12.2024 mit einem Bestand von 7.038 eLb.

Dabei betrug der Anteil der ZFA-Kunden 22,35 % (Herkunftsland: Syrien, Irak, Iran, Afghanistan, Eritrea, Somalia, Nigeria und Pakistan) und der Anteil aus der Ukraine 13,58 %.

1.9. Flüchtlingssituation

Von den 1.624 Leistungsbeziehenden, die im vergangenen Jahr in Arbeit integriert wurden waren 479 Personen aus dem Bereich ZFA (Herkunftsland: Syrien, Irak, Iran, Afghanistan, Eritrea, Somalia, Nigeria und Pakistan) und 309 Personen aus der Ukraine.

Damit wurde die Anzahl der Integrationen von ukrainischen Zugewanderten im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelt. Der Bestand ist jedoch aufgrund weiterer Zuwanderung nur geringfügig gesunken.

Die Anzahl der Leistungsbeziehenden ist hingegen um 13,57 % angestiegen, was in erster Linie dem Übergang zugewanderter Leistungsbeziehenden in den Langzeitbezug aufgrund langer Sprachförderung zugeschrieben werden muss.

Der Durchschnitt der eLb ist im Jahr 2024 im Vergleich zum Vorjahr um 2,76 % gesunken und endete am 31.12.2024 mit einem Bestand von 7.038 eLb. Dabei betrug der Anteil der ZFA-Kunden 22,35 % und der Anteil aus der Ukraine 13,58 %.

Die Hauptanteile der zugewanderten Personen stammen aus Syrien (43,29 %), Ukraine (36,68 %) und Afghanistan (12,71 %)

Eine zeitnahe Integration der ukrainischen Flüchtlinge erweist sich trotz vielfach vorhandener guter beruflicher Qualifizierung infolge der fehlenden Sprachkenntnisse als schwierig. Da im Jobcenter MYK Wert auf nachhaltige Integrationen gelegt wird, steht das Erlernen der deutschen Sprache im Vordergrund. Nach Abschluss der Sprach- und Integrationskurse können die ukrainischen Bürgergeldbeziehenden sicherlich einen Beitrag zur Linderung des Fachkräftemangels leisten. Im Jobcenter MYK wurde seit der Umsetzung des Job-Turbo entsprechend reagiert und der Fokus auf die Integration Geflüchteter gerichtet. Hier sind durch aus gute Erfolge zu verzeichnen, auch mit geringerem Sprachniveau. Der Integration von Geflüchteten ist jedoch nicht alleinige Aufgabe des Jobcenters, sondern Wirtschaft und die Arbeitgebenden vor Ort sind wesentliche Kooperationspartner:innen. Zusätzlich wurden zwei Landesprojekte mit einer Kofinanzierung unterstützt (Jobcoach 24plus), angesiedelt bei den beiden kommunalen Beschäftigungsgesellschaften. Jedoch wurde nur eines in der Praxis umgesetzt.

1.10. Entwicklung in den operativen Bereichen

Die dem Jobcenter MYK gesetzlich übertragenen Aufgaben werden kundenorientiert und bürgernah wahrgenommen. Es betreut die Leistungsberechtigten nach dem SGB II im Landkreis Mayen-Koblenz sowohl im Hinblick auf die Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts als auch bei allen Fragen der beruflichen Integration in den Arbeitsmarkt.

Die Jobcenter sind seit 2015 von einer Krise in eine neue gekommen und es gab keine Zeiten zum Durchatmen und Ankommen in einen Regelbetrieb. Die durchschnittliche Zahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (eLb) und die Anzahl an Bedarfsgemeinschaften ist stetig gestiegen. Mit der Zunahme der Geflüchteten ist auch

die Arbeit eine andere geworden und deutlich intensiver. Die Integrationsergebnisse konnten lange nicht gesteigert werden, dies konnte jedoch seit Beginn 2024 deutlich gesteigert werden. Im Flüchtlingsbereich setzt sich die positive Entwicklung fort. Dies alles ist durch den intensiven Einsatz der Mitarbeitenden sehr gut gelungen. Trotz des anhaltenden Engagements sind Rückstände in der Leistungsbearbeitung aufgelaufen, insbesondere auf Grund der hohen Personalfluktuations und der zeitintensiveren Einarbeitung fachfremder Mitarbeitenden.

Im Bereich Markt und Integration hat sich gezeigt, dass durch die pandemiebedingten Einschränkungen der direkte Kontakt mit den Leistungsberechtigten etwas in den Hintergrund geraten ist. Mit alternativen Beratungsformen (Video- und Telefonberatungen, Gespräche bei Spaziergängen im Freien) konnte zwar die Nähe zu den Kund:innen aufrechterhalten werden, der persönliche Kontakt ist jedoch bei der Beratungsarbeit ein wichtiger Bestandteil und ein wesentlicher Faktor für eine erfolgreiche Integrationsarbeit. Dies ist auch im Zuge des Job-Turbos sehr gut gelungen und es finden wieder deutlich mehr persönliche Kontakte statt. Hier hat sich gezeigt, dass mit persönlicher Nähe deutlich schneller Integrationserfolge zu verzeichnen sind. Insgesamt richtet sich der Fokus wieder vermehrt auf die Integration in Arbeit.

Die Arbeit im Leistungsbereich wurde beeinflusst durch die Einführung des Bürgergeldgesetzes. Hier ist es gelungen, die Neuerungen entsprechend den gesetzlichen Vorgaben umzusetzen und damit auch vielen Leistungsberechtigten zeitnah zu höheren Leistungen zu verhelfen. Die aktuelle politische Entwicklung lässt vermuten, dass erneute Änderungen auf die Jobcenter zukommen werden.

2. Ertragslage

Da sämtliche Aufwendungen von Dritten (Bund, Land, EU, Kreis) finanziert werden, kann grundsätzlich kein zahlungswirksamer Jahresverlust entstehen. Wie aus der Aufstellung der Ertragslage ersichtlich, schließt das Wirtschaftsjahr 2024 mit einem neutralen Ergebnis ab.

Die wesentlichen Schwerpunkte werden in den folgenden Punkten dargestellt:

2.1. Grundsicherung Alg. II/Kosten der Unterkunft

Hierbei handelt es sich um gesetzliche Pflichtleistungen, so dass keine Budgetierung erfolgt.

Im Jahr 2024 entstand folgender Aufwand für die Leistungsempfänger:

Arbeitslosengeld II einschl. Sozialversicherungsbeiträgen	55.001.597,97 €
Kommunale Leistungen (KdU) inkl. Bildung und Teilhabe	30.522.290,27 €

Der Anteil für Bildung und Teilhabe betrug davon

1.623.646,42 €

2.2. Leistungen zur Eingliederung in Arbeit

Zur Ausgestaltung der aktiven Arbeitsmarktpolitik wurden im Rahmen des zugeteilten Budgets und unter Berücksichtigung von Einnahmen aus Rückforderungen

5.364.308,06 €

für verschiedene Maßnahmen und Leistungen verausgabt.

2.3. Verwaltungskosten für die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitssuchende

Im Verwaltungsbereich betrugen die tatsächlichen Aufwendungen entsprechend der Budgetierung/Erträge

15.513.905,30 €.

Hiervon entfielen auf die Personalkosten

12.827.133,66 €.

Der Anteil des Landkreises Mayen-Koblenz an den Gesamtverwaltungskosten (kommunaler Finanzierungsanteil) betrug

1.970.651,84 €.

Die vorstehenden Zahlen belegen, dass im Wirtschaftsjahr 2024 die zur Verfügung stehenden Mittel für Personal- und Sachkosten ausreichen, um alle tatsächlichen Aufwendungen zu decken.

3. Finanzlage

Grundlage und Ziel des Finanzmanagements des Jobcenters MYK ist es, die ordnungsgemäße Durchführung der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II zu gewährleisten und den sparsamen Einsatz der zur Verfügung gestellten Mittel sicherzustellen.

Die Umsetzung dieser Aufgabe erfolgt auf der Basis eines vom Kreistag beschlossenen Wirtschaftsplanes für das jeweilige Wirtschaftsjahr.

Finanzierungsquelle der Leistungen sind Haushaltsmittel des Bundes und des Kreises. Für den Projekt- und Maßnahmenbereich dienen weiterhin Bundes-, Landes- und ESF-Mittel zur Deckung der Ausgaben.

Die Liquidität des Eigenbetriebes wird über bedarfsgerechte Abrufe der Bundesmittel und der kommunalen Mittel des Landkreises für die einzelnen Aufgabengebiete bzw. Ausgabenarten gesichert. Hierzu werden bei den Bundesleistungen grundsätzlich die Mittel unmittelbar vor Fälligkeit direkt bei der Bundeskasse abgerufen.

4. Vermögenslage

Das Stammkapital des Eigenbetriebes besteht in der Sacheinlage des Landkreises Mayen-Koblenz in Höhe von 5.000,- €.

Der Eigenbetrieb Jobcenter MYK verfügt über keine eigenen Gebäude oder Räumlichkeiten. Alle Immobilien sind angemietet. Die gesamte Datenverarbeitungs- und Telekommunikationstechnik ist Eigentum der Kreisverwaltung und wird von der Kreisverwaltung im Rahmen der Dienstleistungs- und Kostenerstattungsvereinbarung zur Verfügung gestellt. Die derzeit 8 Dienstwagen des Eigenbetriebes werden auf Leasingbasis genutzt.

Das Anlagevermögen von 124T€ besteht aus der Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie geringwertigen Wirtschaftsgütern. In dem Betrag von 124 T€ sind Neuanschaffungen von 61 T€ enthalten. Hierbei handelt es sich insbesondere um Büro- und IT- Ausstattung in Form von u. a. Bildschirmen, Schreibtischen und Softwarelizenzen.

Bei dem Umlaufvermögen betragen die wertberichtigten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen 2.702 T€. Aufgrund fehlender Liquidität bei den Schuldnern musste eine Pauschalwertberichtigung von 1.490 T€ vorgenommen werden.

Die passive Rechnungsabgrenzung beinhaltet 5.500 T€ aus Zuweisungen im Haushaltsjahr 2025 (Januar). Hierbei handelt es sich um Grundsicherungsleistungen, Miete, Dienstbezüge Beamte und Eingliederungsleistungen. Diese Auszahlungen sind unter dem aktiven Rechnungsabgrenzungsposten erfasst.

5. Risiko- und Prognosebericht

Die dem Jobcenter MYK gesetzlich übertragenen Aufgaben werden kundenorientiert und bürgernah wahrgenommen.

Das Jobcenter MYK arbeitet eng mit den kommunalen Akteuren zusammen und genießt eine hohe Akzeptanz sowohl auf regionaler als auch auf Landes- und Bundesebene.

Die kommunale Trägerschaft bringt für die Bürger und Bürgerinnen deutliche Vorteile, da die Nähe zu den Menschen im Landkreis oberste Priorität hat. Gerade die in 2022 abgeschlossenen Vereinbarungen mit den örtlichen Sozialämtern zum Übergang der ukrainischen Flüchtlinge zeigten, wie die kommunale Familie auch in Krisenzeiten zusammenhält. Die Vernetzung von regionalen Angeboten und die ganzheitliche Betrachtung der Menschen ist Voraussetzung für die Teilhabe aller Bürger:innen am gesellschaftlichen und sozialen Geschehen im Landkreis. Die Nähe zum Menschen

verbunden mit einer effektiven regionalen Arbeitsmarktpolitik sowie innovativen Ideen und Konzepten des Jobcenters ist der beste Weg zur Bekämpfung des Langzeitleistungsbezugs.

➤ **Maßnahmen zur Reduzierung der Langzeitarbeitslosigkeit:**

Im Jobcenter MYK werden viele arbeitsmarktpolitische Integrationsmaßnahmen in ausreichender Zahl angeboten. Ein Angebot für Integrations- und Sprachkursen für Flüchtlinge ist flächendeckend vorhanden, so dass auch bezüglich den noch fehlenden Sprachkenntnissen deutliche Fortschritte gemacht wurden. Es wird erwartet, dass durch vielfältige Maßnahmen, auch entsprechend der Intention des Bürgergeldgesetzes, das Qualifikationsniveau der Bürgergeldbeziehenden deutlich verbessert wird. Die rückläufigen Integrationszahlen konnten zwischenzeitlich deutlich verbessert werden. Dies liegt vor allem an der geschäftspolitischen Ausrichtung, dass die Integration in Arbeit der wichtigste Auftrag im SGB II ist, inkl. der Heranführung an den Arbeitsmarkt und mit einem Einstieg auch die deutliche Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit. Hinzu kommt ein deutlich höherer Beratungsaufwand bei geflüchteten Menschen, die auf Grund der Sprachkompetenz schwieriger zu integrieren sind. Diejenigen, die wollen und können bekommen ein passendes Jobangebot und gehen in Arbeit. Der regionale Arbeitsmarkt ist sehr aufnahmefähig für qualifizierte Arbeitskräfte, trotzdem gelingt es nicht immer auf Anhieb.

Die Verbesserung des Bildungs- und Qualifizierungsniveaus der Langzeitleistungsbeziehenden steht daher an oberster Stelle der Zukunftsaufgaben. Dazu ist neben einem entsprechenden Qualifizierungsangebot auch eine intensive Beratung der Bürgergeldbeziehenden erforderlich.

➤ **Integration von Flüchtlingen:**

Die Vernetzung aller Angebote auf kommunaler Ebene ist eine Voraussetzung für erfolgreiche und nachhaltige Integration in Arbeit und Gesellschaft. Das Jobcenter trägt dazu seinen Anteil mit Angeboten für Flüchtlinge im AZAV-zertifizierten Bereich und vielen drittfinanzierten Projekten bei. Seit dem 01.07.2016 sind ständig ca. 60 Flüchtlinge im Projekt LQA (Leben-Qualifizieren-Arbeiten) in Betreuung. Mit Unterstützung der Beschäftigungsgesellschaften und Volkshochschulen werden verschiedene Module angeboten, mit dem Ziel die Teilnehmenden nachhaltig in Gesellschaft/Wirtschaft vor Ort zu integrieren. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Vermittlung von berufsbezogenen Sprachkenntnissen. Drittfinanzierte Projekte (Beratung in Anerkennung von ausländischen Abschlüssen, Intensiv- und Netzwerkarbeit mit Migrant:innen usw.) ergänzen dieses Angebot.

Die Zahl der erfolgreich absolvierten Integrationskurse steigt ständig und damit werden sich die Chancen auf den Erhalt einer passenden Arbeitsstelle für die Absolvent:innen deutlich erhöhen.

➤ Digitalisierung:

Wie unter 1.7 dargestellt, ist das Jobcenter MYK bereits fortschrittlich unterwegs und viele wichtige Digitalisierungsprojekte wurden bereits umgesetzt. In Arbeitsgruppen werden in regelmäßigen Abständen die Entwicklungen betrachtet, Verbesserungs- und Optimierungsvorschläge besprochen, neue Ideen aufgegriffen und in das Umsetzungsverfahren gebracht. Insofern liegt der Fokus derzeit eher auf der Stabilisierung der laufenden Anwendungen und Umsetzung von technischen Verbesserungen. Bedingt durch die vorhandene, teilweise nicht mehr zeitgemäße IT-Infrastruktur, sind leider Grenzen gesetzt.

Parallel dazu ist es notwendig, sowohl die Bürgergeldbeziehenden als auch die Beschäftigten für die neuen Anwendungen zu sensibilisieren und die Inanspruchnahme zu fördern.

Mit den zunehmenden Digitalisierungsfortschritten wird es immer wichtiger, Vorsorge für einen Komplettausfall der IT-Infrastruktur mit den dazugehörigen Anwendungsprogrammen zu treffen. Gerade durch die nunmehr fast komplette papierlose Bearbeitung hätte ein erfolgreicher Cyberangriff oder die Zerstörung der Serverstruktur durch Brand oder Naturereignisse katastrophale Auswirkungen auf die Arbeit im Jobcenter. Da alle Leistungsdaten der Bürgergeldbeziehenden nur über die Server aus den Fachanwendungen abrufbar und bearbeitbar sind, wäre eine automatisierte Leistungsgewährung für rund 5.000 bedürftige Familien im Landkreis über Monate hinaus nicht mehr möglich.

Dieses Risikopotential, das auch bei vielen anderen Verwaltungen und Behörden besteht, wurde mit den Verantwortlichen bei der Kreisverwaltung besprochen und nach Lösungen gesucht. Die Kreisverwaltung MYK ist zusammen mit dem Jobcenter MYK zwischenzeitlich sehr gut aufgestellt und sensibilisiert auf verschiedensten Wegen für das Thema. Die Bereichsleitung zentrale Dienste und Finanzen und der Bereich IT stehen in regelmäßigen Austausch mit der IT des Kreises.

Die Geschäftsführung des Jobcenters wird die Entwicklung ebenfalls weiterhin intensiv beobachten und den entsprechenden Berichtspflichten auch in den Aufsichtsgremien nachkommen.

Wie aus den Darstellungen ersichtlich, stellt sich das Jobcenter den Anforderungen der digitalen Welt und arbeitet mit Hochdruck an der Umsetzung der einzelnen Maßnahmen.

➤ Zielerreichung:

Für die Zielerreichung werden alle Jobcenter bundesweit nachfolgenden Kennzahlen beurteilt:

- Verringerung der Hilfebedürftigkeit (K1)
- Verbesserung der Integration (K2)
- Veränderung des Bestandes an Langzeitleistungsbezieher/innen (K3)

Hierzu wurden und werden entsprechende Zielvereinbarungen mit dem Land abgeschlossen.

Folgende Ergebnisse konnten erzielt werden:

Bis zum Jahr 2023 ist die SGB II Quote weiter gestiegen bis auf 5,8 %.

Aktuell ist der Trend wieder leicht rückläufig. Mit 5,7 % im Dezember 2024 liegt der Landkreis Mayen-Koblenz deutlich unter dem Wert von Rheinland-Pfalz (6,8 %) und dem Bundesdurchschnitt mit 8,2 %. Der Rückgang ist u.a. mit der rückläufigen Zuwanderung, sowie mit den Integrationen zugewanderter Leistungsbeziehenden nach Beendigung der Sprachförderung zu erklären. Die Integrationsquote lag Ende 2024 bei 22,6 %. Das zeigt die Integrationsquote 2024 mit einem Wert bei 22,6 %. Damit wurde der Vorjahreswert von 19,9 % um 13,57 % übertroffen. Dabei konnte die Integrationsquote von Frauen um 19,69 % gesteigert werden, so dass 1.042 integrierten Männern insgesamt 582 Frauen gegenüberstanden. Der mit dem Land vereinbarte Zielwert konnte erreicht werden. Es konnten 1.624 Leistungsbeziehende integriert werden, darunter 788 Personen mit Fluchthintergrund.

Die durch das Jobcenter durchgeführten Maßnahmen und Projekte zeigten Wirkung, so dass letztendlich wieder sehr gute Erfolge erzielt werden konnten. Der Bestand an Langzeitleistungsbezieher ist im Vergleich zum Vorjahr um 13,9 % gestiegen, womit der gesetzte Zielwert nicht erreicht werden konnte.

Der erwartete Anstieg beim Bestand der Langzeitleistungsbeziehenden konnten trotz guter Integrationsergebnisse, sowie der Nutzung der Instrumente nach dem Teilhabechancengesetz nicht bei einem Wert von maximal 10,2 % gestoppt werden.

Aufgrund der langfristigen Sprachförderung ist gerade im Jahr 2024 ein Großteil der ukrainischen Geflüchteten in den Langzeitleistungsbezug gewechselt. Mit erfolgreichem Abschluss der Sprachkurse wird es möglich sein dieser Entwicklung durch die Fortsetzung zielgerichteter Integrationsstrategien entgegen zu wirken. Dabei werden vorhandene Konzepte regelmäßig überprüft und angepasst.

Die durch das Jobcenter durchgeführten Maßnahmen und Projekte zeigten Wirkung, so dass letztendlich wieder sehr gute Erfolge erzielt werden konnten.

Die Integrationsquote des Jobcenters Mayen-Koblenz lag im Jahr 2024 insgesamt bei 22,6 %.

➤ **Finanzen:**

Die Bewirtschaftung der Haushaltsmittel verläuft entsprechend des im Wirtschaftsplan 2025 ausgewiesenen Planansatzes von ca. 103 Millionen Euro und es ist keine Erfolgsgefährdung zu erwarten. Durch entsprechende Kontrollmechanismen, dem internen Controlling und durch den Beauftragten für den Haushalt wird die Mittelbewirtschaftung ständig überwacht und kontrolliert.

➤ **Ausblick:**

Die allgemeine Wirtschaftliche Lage und der Arbeitsmarkt wurden unter Punkt 1.8 detailliert ausgeführt.

Laut der letzten Konjunkturprognose der Industrie- und Handelskammer Koblenz vom Feb. 2025 ist insbesondere in der zweiten Hälfte des Jahres 2024 das Stimmungsbarometer in Hinblick auf die Erwartungen der gewerblichen Wirtschaft, als auch auf die aktuelle Geschäftslage deutlich nach unten gegangen.

Die Unternehmen der Region bewerten die derzeitige Geschäftslage zum Ende des Jahres deutlich pessimistischer als zu Beginn 2024. Infolge der trüben Geschäftserwartungen schrauben die Betriebe ihre Beschäftigungs- und Investitionspläne zurück. Die Folge ist u.a. ein Rückgang an Zugängen, sowie dem Bestand an gemeldeten Stellen im Vergleich zum Vorjahr um 7,0 % bzw. 6,1 % (Arbeitsmarktreport Mayen-Koblenz 12/2024)

Mehr als die Hälfte der Unternehmen plant für das Jahr 2025, ihre Investitionen zu reduzieren, während nur noch 16 Prozent ihre Investitionstätigkeit ausweiten möchten. Hinsichtlich der Beschäftigungsabsichten rechnen immerhin 64 Prozent mit einem konstanten Personalbestand. Ein Drittel berichtet jedoch von einer geringeren Beschäftigungsabsicht. Gedämpft wird der Blick in die Zukunft von verschiedenen Faktoren: Mit 70 Prozent der Stimmen ist der Inlandsabsatz die größte Herausforderung für die wirtschaftliche Entwicklung der Unternehmen im Landkreis Mayen-Koblenz. Auch die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen (64 Prozent) sowie die Energiepreise (56 Prozent) werden als zunehmend problematisch wahrgenommen. Insgesamt ist jedoch trotz der beschriebenen wirtschaftlichen Situation noch eine Nachfrage nach Fachkräften in vielen Bereichen vorhanden. Hier gilt es für das Jobcenter die vorhandenen Potentiale zu erkennen, zu nutzen und bei Bedarf durch Qualifizierung an die Bedarfe der Wirtschaft anzupassen um damit dem Fachkräftemangel entgegen zu wirken.

Die überwiegend kleinen und mittelständigen Unternehmen zeigen sich im Laufe des Jahres 2024 zunehmend zurückhaltender. Die abwartende Haltung spiegelt sich auch am Rückgang der gemeldeten Arbeitsstellen wieder. Nach wie vor ist es für die Unternehmen jedoch schwierig Fachkräfte, sowie ausreichend passenden Nachwuchs zu finden. Das Angebot an Lehrstellen war laut Statistik der Bundesagentur für Arbeit Koblenz-Mayen im Übergang zum Ausbildungsjahr 2025 noch höher als die Nachfrage der jungen Menschen. Auf ca. 100 gemeldete betriebliche Ausbildungsstellen kamen 77 Bewerber:innen.

Der Bestand an erwerbslosen Mensch ist im Dezember 2024 mit einem Zuwachs von 3,4 % auf insgesamt 4.586 Personen im Vergleich zu Dezember 2023 weniger stark angestiegen als in den meisten anderen Agenturbezirken in Rheinland-Pfalz. Der Anteil der Leistungsbeziehenden im SGB II liegt dabei bei 2351 Personen. Das bedeutet sogar ein Rückgang von 1,8 % im Vergleich zum Vorjahresmonat.

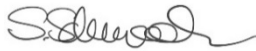
Darunter sind 247 eLB im Alter von 15 – unter 25 Jahren, was einem Anteil von 2 % entspricht. Damit ist die Jugendarbeitslosigkeit leicht gestiegen. Durch zielgerichtete Unterstützung der Integrationsfachkräfte in Zusammenarbeit mit der Jugendberufsagentur, sowie weiteren Netzwerkpartnern konnten wir den Jugendlichen im Jahr 2024 gute Perspektiven bieten. Die Zahl der unversorgten Bewerber:innen war wie im Vorjahr sehr gering.

Das Jobcenter MYK kann durch die bestmögliche Qualifizierung der Bürgergeldbeziehenden seinen Beitrag leisten und wird dies in den Fokus der Arbeit in den kommenden Jahren stellen. Allerdings ist dafür eine ausreichende Finanzausstattung durch den Bund für die folgenden Jahre erforderlich, die jedoch aktuell erneut nicht in Sicht ist. Die durch das Finanzministerium angekündigten Sparmaßnahmen für fast alle Bereiche stellen ein erhebliches Risiko für die vorgesehenen Maßnahmen und intensivere Beratung der Leistungsempfänger:innen

dar. Bereits jetzt muss nahezu der maximal mögliche Anteil aus dem Eingliederungsbudget in den Verwaltungshaushalt umgeschichtet werden.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass eine valide Prognose aufgrund der vielen Unwägbarkeiten weiterhin extrem schwierig ist. Die weitere Entwicklung wird ständig beobachtet und es werden soweit möglich entsprechende Maßnahmen zur Milderung und Vorbeugung negativer Folgen getroffen.

Mayen, den 26.Juni 2025



Sandra Schumacher, Geschäftsführerin

(Werkleitung)

Allgemeine Auftragsbedingungen

für

Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2024

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich in Textform vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber. Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen Vereinbarung in Textform.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten Erklärung in gesetzlicher Schriftform oder einer sonstigen vom Wirtschaftsprüfer bestimmten Form zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags in gesetzlicher Schriftform oder Textform darzustellen hat, ist allein diese Darstellung maßgebend. Entwürfe solcher Darstellungen sind

unverbindlich. Sofern nicht anders gesetzlich vorgesehen oder vertraglich vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie in Textform bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der in Textform erteilten Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlägen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Ein Nacherfüllungsanspruch aus Abs. 1 muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Nacherfüllungsansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist der Anspruch des Auftraggebers aus dem zwischen ihm und dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis auf Ersatz eines fahrlässig verursachten Schadens, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt. Gleiches gilt für Ansprüche, die Dritte aus oder im Zusammenhang mit dem Vertragsverhältnis gegenüber dem Wirtschaftsprüfer geltend machen.

(3) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(4) Der Höchstbetrag nach Abs. 2 bezieht sich auf einen einzelnen Schadensfall. Ein einzelner Schadensfall ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden.

(5) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der in Textform erklärten Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

(6) § 323 HGB bleibt von den Regelungen in Abs. 2 bis 5 unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit in gesetzlicher Schriftform erteilter Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsaustertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte wesentliche Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen Vereinbarung in Textform umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- Ausarbeitung und elektronische Übermittlung der Jahressteuererklärungen, einschließlich E-Bilanzen, für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise
- Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger Vereinbarungen in Textform die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Einheitsbewertung sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer und Grunderwerbsteuer,
- die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.